P R O T O K O L L

Bürgerversammlung

Hofgeismar + Beberbeck

Mittwoch, 17. September 2025, 20:00 Uhr,

Stadthalle Hofgeismar

Beginn: 20:00 Uhr
Ende: 22:00 Uhr

Teilnehmer:

Stadtverordnetenvorsteherin Monika Grebing
Bürgermeister Torben Busse

Magistrat:	Gotthard Brand
	Antje Stahl
Stadtverordnete:	Dagmar Aßhauer
	Thomas Stiehl
	Elisabeth Hanf
Verwaltung:	Chris Dworak
	Andreas Becker
	Christian Lass
	Dirk Lindemann
	Christian Stark
Bauhof:	Manuel Hampe
Behindertenbeauftragter:	Sebastian Gick
Protokollführerin:	Lilly Schulze

20 Bürgerinnen und Bürger

Um 20:00 Uhr eröffnet Stadtverordnetenvorsteherin Monika Grebing die Bürgerversammlung in der Stadthalle Hofgeismar und begrüßt die Anwesenden, darunter Bürgermeister Torben Busse, Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, Mitarbeiter der Stadtverwaltung und des Bauhofs sowie 20 Bürgerinnen und Bürger.

Bürgermeister Torben Busse heißt die Anwesenden zur Bürgerversammlung willkommen. Er bedauert die geringe Teilnehmerzahl im Vergleich zu den Ortsteilen, erwähnt jedoch die Steigerung gegenüber der Bürgerversammlung 2024. Zunächst gibt er einen Überblick über die Haushaltslage Hofgeismars. Der sogenannte Ergebnishaushalt, welcher laufende Aufwendungen und Erträge wie beispielsweise Gehälter, Versicherungsbeiträge und Sach- und Dienstleistungen beinhaltet, hat im Jahr 2025 ein Volumen von etwa 46 Mio. Euro. 18 Mio. Euro davon sind Abgaben an den Landkreis, wie zum Beispiel die Schulumlage. Der zweite Teilhaushalt ist der Finanzhaushalt, welcher Investitionen in unter anderem Straßen, Kanäle, Brücken und Gebäude darstellt. Dieser umfasst in 2025 etwa 11 Mio. Euro.

Er berichtet zudem, dass nicht nur der Haushalt der Stadt Hofgeismar spät beschlossen wurde, sondern auch die Haushalte des Landkreises und des Landes. Die Stadtverordnetenversammlung von Hofgeismar hat den Haushalt im zweiten Quartal 2025 beschlossen. Von der Kommunalaufsicht des Landkreises wurde er dann am 18. August genehmigt. Zugute kamen der Stadt hierbei die unerwartet üppigen Gewerbesteuereinnahmen sowie eine Gewerbesteuernachzahlung. Bis zur Genehmigung des Haushaltes vier Wochen vor der Bürgerversammlung gilt jedoch die sogenannte vorläufige Haushaltsführung. Durch diese Regelungen sind Kommunen vor der Haushaltsgenehmigung nicht völlig handlungsunfähig, sondern können unter bestimmten Voraussetzungen bereits Geld ausgeben. Beispielsweise dürfen und müssen Zahlungen geleistet werden, zu denen die Kommune rechtlich oder vertraglich verpflichtet ist, wie Gehälter. Auch notwendige Zahlungen zur Erfüllung von kommunalen Pflichtaufgaben, wie beispielsweise Brandschutz, sind erlaubt.

Busse führt aus, dass die geplante Baumaßnahme in der Westheimer Straße eigentlich schon begonnen haben sollte, sich jedoch durch die späte Genehmigung des Haushaltes verzögert hat. Da die Straße zum nächsten Viehmarkt benötigt wird, wird ein Teil der Baumaßnahme vor dem Fest stattfinden, der andere danach.

Außerdem ist der Bau der neuen Kita Am Reithagen abgeschlossen. Die Gesamtkosten für die Maßnahme belaufen sich auf 3,9 Mio. Euro. Ein Teil dieser Summe ist durch verschiedene Zuschüsse gedeckt. Durch die strengen Rahmenvorgaben ist der Bau relativ teuer geworden. Die Kita Am Anger wurde nach einem Wasserschaden durch Frost für etwa 700.000 Euro saniert, jedoch übernimmt die Versicherung mehr als die Hälfte dieser Summe. Weiterhin wurden Sonnensegel und Markisen für die städtischen Kitas beschafft.

Anschließend verkündet der Bürgermeister, dass die Arbeiten am Gebäude Markt 5 beendet wurden. Die Gesamtkosten hierfür belaufen sich auf 3,5 Mio. Euro. Davon

werden 2,3 Mio. von der Denkmalbehörde und anderen Trägern übernommen. Er ist erfreut, dass die alte Bausubstanz sowie das Fachwerk des 1560 errichteten Gebäudes erhalten werden konnten und trotzdem zeitgemäße Räumlichkeiten für die Hofgeismarer Tourismuseinrichtungen geschaffen wurden.

Des Weiteren thematisiert Busse die Fassade der in den 70er Jahren errichteten Rathaus-Anbauten, in denen sich unter anderem die Finanzabteilung, teile des Hauptamtes und das Standesamt befinden. Die Fassade ist zu großen Teilen morsch und muss dringend erneuert werden. In diese Erneuerung muss voraussichtlich etwa eine halbe Million Euro investiert werden.

Danach spricht er die Stadthalle an. Innerhalb der nächsten ein bis zwei Jahre soll final entschieden werden, ob die Stadthalle abgerissen und neu gebaut oder saniert werden soll. Auch in den städtischen Gremien soll diese Frage noch ausgiebig diskutiert werden, da man Förderungen beantragen will. Es gibt verschiedene Förderprogramme, beispielsweise für die Erhaltung alter Bausubstanzen oder für die Stadtentwicklung, die sich aber unter Umständen gegenseitig ausschließen und wenn überhaupt nur für eine Sanierung in Anspruch genommen werden könnten. Die Frage, ob sich die Stadt Hofgeismar eine der Maßnahmen leisten kann, ist noch offen und hängt unter anderem von möglichen Förderungen ab.

Außerdem berichtet der Bürgermeister, dass auf mehreren städtischen Gebäuden Photovoltaikanlagen installiert wurden und noch werden sollen.

Bezüglich der kommunalen Wärmeplanung wird es im Spätherbst eine zweite Infoveranstaltung geben. Das Grundkonzept im wird voraussichtlich im Dezember fertiggestellt werden und zeigt auf, in welchen Quartieren es sinnvoll ist, eine bestimmte Art von Heizung zu installieren. In Hofgeismar wird schon viel mit Nah- und Fernwärme geheizt. Beide Arten sind vor allem für die dichter bebauten Wohngebiete der Kernstadt geeignet, da der Verlust von Energie auf Strecken vergleichsweise hoch ist. Bereits bei den Bürgerversammlungen in 2024 wurde bekanntgegeben, dass für die kommunale Wärmeplanung ein Konvoi mit mehreren Nachbarkommunen gebildet wird, was nicht zuletzt hinsichtlich des finanziellen Aspekts sinnvoll ist.

Bauamtsleiter Dirk Lindemann berichtet, dass der Endausbau der Straßen Westbergblick und Am Jahnsportplatz begonnen hat.

Bei den Asphaltarbeiten, die im Frühling in der Straße Unterer Graben durchgeführt wurden, wurden außerdem sogenannte Zufahrtsschutzsysteme, also versenkbare Poller installiert, um unerwünschtes Einfahren in die Fußgängerzone zu verhindern. Insgesamt kostete die Maßnahme 200.000 Euro. Die Poller, die in der Lage sein sollen, sogar einen LKW aufzuhalten, sollen künftig auch in anderen Teilen der Fußgängerzone installiert werden, wenn es finanziell und maßnahmentechnisch passt.

Ferner hat HessenMobil endlich dem Bau eines Fahrradwegs zwischen der Stettiner Straße und dem Gewerbegebiet zugestimmt und wird die Maßnahme sogar bezahlen.

Die Kosten hierfür werden aller Wahrscheinlichkeit nach im sechsstelligen Bereich liegen, so Busse.

Eine der größten aber auch wichtigsten Investitionen ist die Sicherstellung der städtischen Wasserversorgung. Hierfür wurde in Beberbeck ein Trinkwasserbrunnen gebaut. Da man sich sicher war, an der entsprechenden Stelle Trinkwasser in ausreichender Menge und Qualität zu finden, wurde auf die 700.000 Euro teure Probebohrung verzichtet und gleich für 900.000 der Brunnen gebaut. Die Planungen und Tiefbauarbeiten zur Einbindung des Brunnens in das Trinkwassernetz sollen folgen. Aktuell wird davon ausgegangen, dass dies etwa 4,5 Mio. Euro kosten wird.

Zudem berichtet Torben Busse, dass die Umrüstung auf LED der Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet fast abgeschlossen ist. Zwar ist diese Maßnahme nicht günstig, jedoch werden durch die deutlichen Energieeinsparungen von über 70 Prozent auch die Stromkosten nachhaltig verringert.

Der Ausbau der barrierefreien Bushaltestellen im Stadtgebiet ist in vollem Gange. Mittlerweile gibt es in jedem Ortsteil mindestens eine barrierefreie Bushaltestelle pro Richtung. Je nach benötigtem Aufwand für den Umbau kostet dieser zwischen 80.000 und 100.000 Euro pro Bushaltestelle. Insgesamt wurden schon etwa 750.000 in die Maßnahme investiert.

Außerdem wurden für die Feuerwehr der Kernstadt ein Staffellöschfahrzeug, kurz StLF, welches im Spätsommer 2024 in Dienst gestellt wurde, sowie ein Wechsellader beschafft. Die Stadt Hofgeismar bewirbt sich zur Beschaffung neuer Feuerwehrfahrzeuge regelmäßig für sogenannte Landesauschreibungen, womit die Fahrzeuge die Kommunen deutlich weniger Geld kosten.

Anschließend kommt Torben Busse auf die neuen Radwegweiser zu sprechen, die vom Landkreis Kassel unter anderem in Hofgeismar geplant und installiert wurden. Es gab bereits mehrfach Rückmeldungen und Beschwerden an die Stadt, dass Position und Ausrichtung der Schilder teilweise fragwürdig, verwirrend und sichtbehindernd sind. Er verkündet, dass die Stadt die Schilder, falls nötig, umstellen oder entfernen wird, sofern es keine andere Lösung gibt.

Frau Richter bemängelt, dass der neu angebrachte Wegweiser für Radfahrer unter dem Stoppschild nahe der katholischen Kirche verwirrend sei.

Der Bürgermeister verspricht, dass das Ordnungsamt es sich ansehen wird.

Ludwig Wilhelm wundert sich über das doppelte Buswartehäuschen in Schöneberg.

Bürgermeister Busse erklärt, dass die hintere Wartenische baulich mit dem Gebäude auf dem Grundstück Neutze verbunden ist. Aufgrund von aktuell nicht geklärten Eigentumsverhältnissen, ist derzeit kein Abriss der Wartenische geplant. Auch das vordere Buswartehäuschen aus Glas soll dort stehen bleiben, da Personen mit Seh- oder

Hörbeeinträchtigungen durch die Glaswände besser und früher mitbekommen, wenn der Bus sich nähert.

Zum Thema Verkehrsüberwachung berichtet Torben Busse über die Geschwindigkeitskontrollen im Stadtgebiet. Alles in allem seien die Ergebnisse durchaus erfreulich, denn die höchste Rate der Geschwindigkeitsüberschreitungen in der Kernstadt lag bei 8,5 % und wurde in der Niedermeiser Landstraße gemessen. Die gängige Faustregel besagt, dass wenn mehr als 10 % der Verkehrsteilnehmer die zulässige Höchstgeschwindigkeit überschreiten, regelmäßiges Blitzen an dieser Stelle empfohlen wird. Immer wieder treten Bürgerinnen und Bürger an das Ordnungsamt heran und fordern, dass an bestimmten Stellen geblitzt wird. Jedoch sind solche Bürgerwünsche nach Geschwindigkeitskontrollen und Blitzen nicht überall möglich oder erlaubt zu realisieren. Als mildere Alternative werden immer häufiger sogenannte Topo-Boxen installiert, welche die gefahrene Geschwindigkeit anzeigen, jedoch nicht blitzen können.

Schließlich spricht der Bürgermeister die Altkleider-Container im Stadtgebiet an. Er zeigt sich verständnislos und verärgert über die im Zusammenhang mit den Containern herrschenden Zustände. Es wird nämlich nicht nur noch brauchbare Kleidung in die Container eingeworfen, sondern auch Abfall und Sperrmüll werden in und um die Container entsorgt. Er weist auf die Änderung des Abfallgesetzes hin. Diese besagt, dass Kleidung nicht mehr im Hausmüll entsorgt werden darf. Dabei geht es aber um saubere, intakte Kleidung. Kaputte oder unwiederbringlich verschmutzte Kleidungsstücke dürfen weiterhin entsorgt werden, sodass sie nicht in den Altkleider-Containern oder auf der Straße landen.

Kristine Conrad fragt nach, warum sind die Schlagbäume auf den Wegen zum Wald dauerhaft geöffnet sind. Sie berichtet von regem Autoverkehr von diversen Personen, die weder Jäger noch Förster sind. Nicht selten ist ihr Ziel die Entsorgung von privatem Abfall am Wegesrand.

Der Bürgermeister entgegnet, dass die wilde Entsorgung von Abfall ein ernstzunehmendes Problem ist. Jedoch rechtfertigt dies nicht Sperrung von Waldwegen, denn nach dem Hessischen Waldgesetz sind Wälder in Hessen ein Gemeingut, das jedem sowohl als touristisches Ziel als auch als Naherholungsort zur Verfügung stehen muss. Ferner ist für die Zugangsbeschränkungen des Waldes teilweise auch HessenForst zuständig

Es wird angemerkt, dass einige Protokolle von Bürgerversammlungen der letzten Jahre nicht auf der Homepage zu finden sind.

Torben Busse verspricht, dass es überprüft und ggf. nachgeholt wird.

Frau Richter gibt ein positives Feedback zur Hausarztumfrage der Stadt im vergangenen Winter und teilt die Information, dass im Januar eine neue Ärztin in die Praxis von Frau Kohl-Kratz ziehen wird.

Busse bedankt sich für das Feedback und die Information, die ihn bisher noch nicht erreicht hatte.

Herr Weise teilt seine Idee, den Radverkehr auf dem Westring wegen der schnell fahrenden Autos auf den Bürgersteig zu verlegen. Einziges Problem hierbei sind die sich häufenden Überwuchse von Hecken und anderen Pflanzen von Privatgrundstücken in den öffentlichen Raum. Dadurch können weder Radfahrer noch Personen mit Rollstuhl oder Kinderwagen den Bürgersteig gefahrlos und ungehindert benutzen. Er bittet darum, dass die Grundstückseigentümer zum Heckenrückschnitt aufgefordert werden.

Der Bürgermeister erklärt das Vorgehen des Ordnungsamtes bei Entdecken eines Überwuchses: Zuerst findet eine mündliche Aufforderung zum Rückschnitt der Hecke statt, danach eine schriftliche. Hat beides keine Ergebnisse erzielt, greift die sogenannte Ersatzvornahme. Dabei wird eine externe Firma beauftragt, sich auf Kosten des Grundstückseigentümers um den Überwuchs zu kümmern. Außerdem merkt er an, dass Überwuchse, vor allem in der Kernstadt zu einem immer größeren Problem werden und präsentiert die entsprechende Statistik der Kernstadt: Im Jahr 2023 wurden 20 Überwuchse durch das Ordnungsamt verfolgt, in 2024 bereits 32 Stück. In 2025 waren es bis einschließlich August bereits 30 Überwuchse.

Frau Richter kritisiert, dass Läden wie Super 2000 durch die Sperrung der Neuen Straße nur schwer mit dem Auto erreichbar sind und fragt deshalb an, ob die Autofahrer nicht über den Schützenhagen auf die Hauptstraße fahren könnten.

Christian Lass aus dem Ordnungsamt verneint dies, denn der Schützenhagen ist eine Einbahnstraße in die entgegengesetzte Richtung und eine temporäre Änderung dieser Regelung würde Chaos bedeuten.

Bianca Weber erkundigt sich, ob auch die Bushaltestelle in Sababurg barrierefrei umgebaut wird und ob dort dann auch ein Buswartehäuschen aufgestellt wird. Aktuell gibt es dort nämlich keines, was dazu führt, dass man sich beim Warten im Regen nirgends unterstellen kann.

Bauamtsleiter Dirk Lindemann bestätigt, dass die Bushaltestelle saniert werden und ein Häuschen erhalten soll. Der Grund, dass dies nicht schon passiert ist, sind Probleme bei der Zuständigkeit. Formal liegt die Bushaltestelle außerorts, weshalb der Landkreis zuständig ist. Sobald dieser die entsprechende Genehmigung erteilt hat, kann der Umbau losgehen.

Als nächstes fragt Frau Weber nach der Wasserversorgung für Sababurg und den Tierpark, welche durch einen Brunnen im Reinhardswald gesichert wird. Durch die Baustelle, bei der die Windkraftanlagen errichtet werden, könnte der Brunnen in den nächsten Jahren versiegen.

Lindemann beruhigt sie und erklärt, dass die Wasserversorgung genügend Kapazität hat, um Sababurg und das kommende Burghotel mit Trinkwasser und den Tierpark mit

Brauchwasser zu versorgen, selbst, wenn auf der Stelle das künftige Hotel in der Sababurg in Betrieb gehen würde.

Martin Herwig bemängelt den benutzungspflichtigen Radweg am Bad am Park und ist der Ansicht, dass eine bauliche Lösung gefunden und umgesetzt werden muss.

Er erhält die Antwort, dass eine solche Maßnahme nicht wenig kosten wird und voraussichtlich nicht dieses oder nächstes Jahr beginnen wird. Um jedoch eine kurzfristige Lösung für die Situation anzubieten, soll geprüft werden, ob die Benutzungspflicht des Radweges aufgehoben werden könnte.

Lukas Klein erkundigt sich nach dem Gesamtvolumen einer Sanierung der Stadthalle.

Der Bürgermeister antwortet, dass es zu den Sanierungen noch keine Pläne gibt, die konkret genug sind, um die Kosten der Maßnahme exakt zu berechnen. Er geht jedoch davon aus, dass es in Richtung der 20 Mio. Euro gehen wird. Allein ein Abriss der Stadthalle würde wahrscheinlich nahezu 1,5 Mio. Euro kosten.

Auf die Frage hin, ob es eine Alternative zur Stadthalle gibt, antwortet Busse, dass die Stadtverordnetenversammlung sich gegen den möglichen Ankauf des Hotels Viktorosa mitsamt dem Saal, der eine Alternative zur Stadthalle hätte werden können, entschieden hat.

Dagmar Aßhauer berichtet, dass im verkehrsberuhigten Bereich unterhalb des Krankenhauses plötzlich neue Embleme und Piktogramme aufgetaucht sind und fragt nach dem Grund.

Christian Lass schmunzelt, dass sie übrig waren und an dieser Stelle als sinnvoll erachtet wurden. Außerdem vertritt er die Ansicht, dass Piktogramme auf der Straße nicht selten effektiver sind, als Schilder am Straßenrand, weil viele Fahrer eher auf die Straße schauen, als an den Rand.

Herr Weise erkundigt sich, was im Budget von 4,5 Mio. Euro für die Einbindung des Beberbecker Brunnens beinhaltet ist.

Dirk Lindemann erklärt, dass in der Baumaßnahme ein Zwischenbehälter errichtet wird, über welchen der Brunnen mit einem bereits vorhandenen Hochbehälter verbunden wird. Hierfür ist die Verlegung von mehreren Kilometern Trinkwasserleitung nötig.

Frau Richter fordert, dass vor der Apotheke mit Herz das Halteverbot besser kenntlich gemacht wird, da ein Autofahrer, der versucht hat, auf dem Bürgersteig zu parken, ihren Ehemann angefahren hat.

Christian Lass erklärt, dass beim Halten oder Parken an dieser Stelle ein Verwarngeld von 55 Euro fällig wird.

Elisabeth Hanf fragt, ob in der Dragonerstraße die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h als Piktogramm auf die Straße gebracht werden könne. Außerdem berichtet sie, dass es aufgrund der schlechten Einsehbarkeit regelmäßig zu kritischen Situationen kommt und fragt daher an, ob in Teilen der Straße ein Parkverbot verhängt werden kann. Christian Stark bestätigt die Schilderungen und befürwortet das Parkverbot.

Christian Lass gibt zurück, dass das Anbringen von Piktogrammen kein Problem sei, das Parkverbot jedoch geprüft werden muss.

Frau Richter erkundigt sich nach der neuen Kehrmaschine der Stadt.

Der Bürgermeister erklärt, dass sich die Kosten für die Maschine auf die Kehrgebüren niederschlagen. Aktuell verzichten etwa 20 % der Grundstückseigentümer auf das Kehren durch die Stadt und nehmen ihre Kehrpflicht selbst wahr, was mal besser und mal schlechter funktioniert. Ab dem kommenden Jahr fällt daher die Option, auf das städtische Kehren zu verzichten, weg. Dann wird die Kehrmaschine überall kehren und alle Grundstückseigentümer werden zur Kasse gebeten.

Bauhofleiter Manuel Hampe bittet darum, dass im Winter die Fahrzeuge so geparkt werden, dass der Winterdienst überall problemlos räumen und streuen kann, andernfalls wird dort nicht gefahren.

Peter Mohr teilt sein Empfinden, an der Käthe-Kollwitz-Straße Ecke Hohler Weg müsse ein Halteverbot eingerichtet werden.

Der Bürgermeister sowie Christian Lass sind anderer Ansicht, das Ordnungsamt wird es jedoch prüfen.

Kristine Conrad fragt, ob der von der Bundesregierung beschlossene Wohnungsbau-Turbo in Hofgeismar bereits greift.

Dirk Lindemann antwortet, dass diese Entscheidung in der Praxis noch nicht im Bauamt angekommen ist.

Der Bürgermeister berichtet von der Kommunalkonferenz im hessischen Wirtschaftsministerium, für die er kürzlich nach Wiesbaden gefahren ist. Wirtschaftsminister Kaweh Mansoori hat sich bei der Veranstaltung dafür ausgesprochen, dass auch denkmalgeschützte Gebäude, die in sehr schlechtem Zustand sind und schon lange leer stehen, trotz des Denkmalschutzes abgerissen werden dürfen. Dass dieser Vorschlag auch umgesetzt werden kann, ist aber leider wenig realistisch.

Nathalie Hügues fragt, ob die im Frühsommer von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Wiederbesetzungssperre bereits Auswirkungen auf den Rathausalltag hat.

Torben Busse berichtet, dass die einzige Neubesetzung, die seit dem besagten Beschluss stattgefunden hat, über die Ausnahmeregelung gelaufen ist, dass der Haupt- und Finanzausschuss die Neu- oder Wiederbesetzung beschließen muss. Alles in allem macht der Beschluss es aber nicht gerade leichter.

Frau Richter zeigt sich verwundert, dass bereits Baustart in der Großen Baustraße ist, da die Baumaßnahme doch kürzlich erst ausgeschrieben wurde.

Dirk Lindemann erklärt, dass Auftragserteilung und Baustart ohne Verzögerungen oder Komplikationen vonstattengingen und so soll es sein.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt Stadtverordnetenvorsteherin Monika Grebing die Bürgerversammlung um 22:00 Uhr und bedankt sich für die Teilnahme.

Torben Busse	Lilly Schulze
Bürgermeister	Protokollführerin